

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
5. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan
am Mittwoch, dem 23.09.2026 um 17:07 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:07

Ende:
18:38

Vorsitz

Stv. Martin Haesen

CDU-Fraktion

AM Janin Kampmann
Stv. Jens Pichtemann
Stv. Henrik Radtke

SPD-Fraktion

Stv. Felix Blossey

WLH-Fraktion

Stv. Tessa Lukat

AfD-Fraktion

Stv. Monika Birk

GAL-Fraktion

Stv. Lucio Dröttboom

ab 17:22 Uhr

Die Linke

AM Claudia Meineck

Schriftführung

VA Anita Pitscher

stimmberechtigte Mitglieder

AM Hanno Krüger
AM Bernhild Kurosinski
AM Anna Rosina Neuwald
AM Tanja Zeiger

bis 17:55 Uhr

beratende Mitglieder

Frau Madeleine Busenkell
AM Gesa Matusczyk
AM Ute Müller
PHK Wolfgang Nellen
Herr Bastian Pallmeier

Vertretung für AM Anna-Livia Gloth

Vertretung für AM Dagmar Argow

Vertreter des Seniorenbeirates

Frau Dagmar Fach

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

Verwaltung

Frau Kira Bergmann

VA Stephanie Dellit

Gäste

Herr Ediz Can Kaya

Stv. Robert Ringel

Stv. Thomas Ringel

Frau Katja Sundag

bis 18:37 Uhr

bis 18:08 Uhr

bis 18:08 Uhr

bis 17:55 Uhr

Der Vorsitzende Martin Haesen eröffnet um 17:07 Uhr die 5. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung:

Es wird die Änderung der Tagesordnung beantragt.
TOP 9 – Präsentation KiBiz Reform, wird nach TOP 4 vorgetragen und beraten.

Der Änderung wird einstimmig zugestimmt.

Öffentliche Sitzung

1./ Befangenheitsmitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Befangenheitsmitteilungen vor.

2./ Kinder- und Jugendfragestunde sowie Kinder- und Jugendparlament

Protokoll:

Herr Ediz Can Kaya vom Jugendparlament berichtet über das weiterhin große Thema und Problem Vapen. Das JuPa ist hier im Austausch mit ansässigen Geschäften und Kiosken.

Amtsleiterin Stephanie Dellit teilt ergänzend mit, dass das Jugendamt aufgrund der Anregung aus dem JuPa Gespräche mit dem Amt für Brandschutz, Recht und öffentliche Ordnung, der Polizei und der Zollbehörde geführt hat und weitere Fördergelder zu Präventionsangeboten einwerben möchte.

Weiter berichtet Herr Kaya über eine geplante Umfrage des JuPa zum Thema „öffentliche Treffpunkte für Jugendliche“. Die daraus resultierenden Ergebnisse, werden dem JHA mitgeteilt.

Der aktuelle Sachstandsbericht des Kinderparlaments ist unter TOP 2 im Ratsinformationssystem hinterlegt und einsehbar.

3./ Bericht des Unterausschusses Spielflächen und Jugendorte

Protokoll:

Der Vorsitzende des UA Jens Pichtemann berichtet, dass in der letzten Sitzung das Thema Jugendorte beraten wurde. Es ging im Besonderen um die rechtliche Einordnung und die Suche neuer Örtlichkeiten. Alles erfolgt im engen Austausch mit der Verwaltung.

Die 1. Bgo. Annette Herz teilt mit, dass bis zum 14.12.2026 das Amt für Umwelt, Freiflächen und Stadtgrün alle bereits vorab durch das Jugendamt gesichteten und eingeschätzten Spielflächen einer fachlichen Verifizierung unterziehen wird. Anhand dieser Ergebnisse wird Amtsleiterin Stephanie Dellit bis zum Ende des 1. Quartals 2027 die Evaluation abschließen und verwaltungsintern eine Priorisierungsempfehlung abstimmen. Zudem wird das Amt für Umwelt, Freiflächen und Stadtgrün im Rahmen der Haushaltsplanberatungen eine aktuelle Planung für die Haushaltsjahre 2027/28 vorschlagen.

Stv. Felix Blosser erinnert an dieser Stelle an die schwierige Beratung zum Thema Kitabeiträge und den erarbeiteten Kompromiss. Der Mehrertrag sollte auch dazu genutzt werden, das Budget zur Sanierung der Spielflächen zu erhöhen.

Zur aktuellen Situation Spielplatz Heinhauser Weg berichtet die Verwaltung, dass das angedachte Spielmobil leider aufgrund Personalmangels durch das Jugendhaus nicht realisiert werden kann. Es liegen aber Informationen vor, wonach die Kinder sich sehr kreativ vor Ort den Spielplatz zu eigen machen. Neue Spielmöglichkeiten und das umliegende Gelände inkl. Bachlauf werden erschlossen, teilweise mit mitgebrachten Spielsachen.

Im Anschluss bittet Frau Meineck um Auskunft zum aktuellen Sachstand Spielplatz Kastanienweg. Dieser ist durch eine Baustelle vor Ort in einem sehr schlechten Zustand. Frau Herz verspricht eine Information hierzu zum Protokoll.

Antwort der Verwaltung zum Sachstand Spielplatz „Mammut“ Kastanienweg:

Im Februar 2026 wurde mit der Baumaßnahme an der Bahnstation Haan-Grüten begonnen. Hier entsteht in unmittelbarer Nähe des Spielplatzes Kastanienweg eine Personenüberführung einschließlich Aufzügen zur Herstellung der Barrierefreiheit und Modernisierung. Die hierzu erforderlichen Baumaßnahmen machten auch einen Eingriff in den angrenzenden Bereich notwendig. Da während der Bauphase mit verstärktem Baustellenverkehr, Einsatz schwerer Baumaschinen und offenen Baugruben zu rechnen war und somit ein erhöhtes Sicherheitsrisiko bestand, musste zu Beginn der Spielplatz geschlossen und Spielgeräte rückgebaut werden.

Im engen Austausch mit dem Amt für Umwelt, Freiflächen und Stadtgrün wurde durch den Bauherrn der Hersteller des Spielgeräts „Mammut“ mit dem fachgerechten Rückbau und der späteren Wiedermontage beauftragt.

Während der Bauphase musste die geplante Baustraße noch erweitert werden und ein Abschluss der Bauarbeiten konnte leider nicht wie geplant zum 09.07.2026 realisiert werden. Nach aktueller Rückmeldung wird voraussichtlich bis Ende des 1. Quartals 2027, vorbehaltlich witterungsbedingter Einschränkungen, der Spielplatz „Mammut“ Kastanienweg vollständig wieder hergerichtet sein.

4./ **Wahl neuer Mitglieder des Unterausschusses Spielflächen und Jugendorte**

Folgende Personen sind zur Wahl vorgeschlagen:

- Eva-Lotta Dahmann (FDP)
- Jennifer Benden (AfD)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig gewählt

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	2		
WLH	1		
AfD	1		
GAL	1		
FDP			
Weitere stimmberechtigte Mitglieder	4		
Gesamt	12		

5./ **Antrag der CDU-Fraktion vom 07.09.2026 - Prüfung der Vermarktung von Werbeflächen zugunsten der Sanierung von Spielplätzen/Jugendorten und Einsatz von Spielgeräten aus langlebigen Materialien** **Antrag: ANT/076/2026**

Protokoll:

Stv. Jens Pichtemann erläutert einfühend zur Beratung den Antrag der CDU-Fraktion. Vorrangig geht es um eine Ausweitung der Vermarktung von Werbeflächen in der Stadt Haan. Hierdurch sollen zusätzliche Einnahmen generiert und zweckgebunden für die Aufwertung von Spielflächen und Jugendorten eingesetzt werden. Hier bedarf es u.a. einer Prüfung der rechtlichen Rahmenbedingungen und Möglichkeiten zur gezielten Vermarktung städtischer Werbeflächen durch die Verwaltung.

Die 1. Bgo. Annette Herz teilt mit, dass viele Aspekte des Antrags bereits berücksichtigt werden. So sind Sponsoring oder Spendentafeln schon heute Standard bei der Stadt Haan. Auch das Thema Langlebigkeit wird bei

der Auswahl von Baustoffen und der Anschaffung neuer Spielgeräte stets berücksichtigt.

Im Zuge der weiteren Beratung werden zusätzliche Punkte wie die pädagogische Wirkung auf Kinder durch vermehrte Werbung und der pädagogische Wert von Spielgeräten sowie das aktive Einbeziehen der Haaner Vereine in diesen Prüfungsprozess durch Mitglieder des Ausschusses eingebracht.

Die Verwaltung wird beauftragt, den vorliegenden Antrag zu prüfen und einen entsprechenden Beschlussvorschlag zur nächsten Sitzung des JHA vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	2		
WLH	1		
AfD	1		
GAL	1		
FDP			
Weitere stimmberechtigte Mitglieder	4		
Gesamt	12		

6./ Bericht Kinderschutz

Protokoll:

VA Kira Bergmann trägt die PPP als Bericht zum Kinderschutz vor und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder. Ein aktueller Bericht zum Kinderschutz wird als regelmäßiger TOP im 3. JHA jedes Jahr vorgestellt.

7./ Haaner Familienkarte

Vorlage: 23/004/2026

Protokoll:

Die 1. Bgo. Annette Herz teilt mit, dass das Amt für Wirtschaftsförderung sich künftig auf sein Kerngeschäft konzentrieren möchte und daher die Übergabe der administrativen Betreuung der Karte an das Dezernat II anstrebt. Voraussetzung hierfür ist zunächst eine grundsätzliche Entscheidung über die Verlängerung der Karte. Aus Sicht der Verwaltung ist der messbare Erfolg der Familienkarte in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. In mehreren umliegenden Städten sind vergleichbare Angebote wieder abgeschafft worden, weil die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt wurden. Die Verwaltung schlägt daher vor, die Karte nicht erneut zu verlängern. Dies wird zugleich als möglicher Konsolidierungsbeitrag zum Haushalt gesehen, da es sich um eine freiwillige Leistung handelt. Aktuell bestehen neben Sachkosten insbesondere Personalkosten von aktuell ca. 0,1 VZÄ. Bei einer umfassenden Reaktivierung und Weiterentwicklung der Familienkarte ist dieser Personalansatz nicht ausreichend und seitens der Verwaltung nicht mit bestehendem Personal leistbar.

Einzelne Ausschussmitglieder plädieren dafür, die Familienkarte als familienfreundliches Instrument in der Stadt Haan zu erhalten, sie inhaltlich und konzeptionell weiterzuentwickeln und attraktiver zu gestalten. Die Möglichkeit zur Umsetzung einer automatisierten Ausgabe ohne vorheriges Antragsverfahren wird empfohlen, um den Verwaltungsaufwand zu reduzieren. Weiter wird angemerkt, dass das bisherige Marketing für die Familienkarte eventuell nicht ausreichend war. Aus dem Stadtelternrat wird mitgeteilt, dass die Familienkarte teilweise unbekannt sei.

Andererseits wird innerhalb des Ausschusses auch der Blick auf die wirtschaftlichen Aspekte angemahnt. In diesem Zusammenhang wird auch die Attraktivität der Karte kritisch beurteilt. Nach Einschätzung einzelner Ausschussmitglieder sind keine signifikanten Rabatte bzw. ausreichende Vorteile für die Nutzer gegeben. Viele Familien bewerten die Karte als unattraktiv.

Die Beschlussvorlage wird zur weiteren Beratung in den HFA verwiesen. Für eine bessere Betrachtung und Einschätzung sind zusätzliche Details zu bisherigen Marketingmaßnahmen notwendig.

Beschluss:

Der vorliegende Beschlussvorschlag „Die Haaner Familienkarte wird nicht über den 31.12.2026 hinaus verlängert. Die bereits herausgegebenen Karten behalten ihre Gültigkeit bis dahin.“, wird zur weiteren Beratung und Empfehlung an den HFA verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	2		
WLH	1		
AfD	1		
GAL	1		
Die Linke			
Weitere stimmberechtigte Mitglieder	2		1
Gesamt	10		1

8./ Antrag der CDU-Fraktion vom 14.06.2026 - Nutzung des Spielplatzes auf dem Schulhof der GGS Gruiten - vom Rat am 07.07.2026 zur weiteren Beratung in den JHA verwiesen
Antrag: ANT/073/2026

./ Nutzung des Spielplatzes auf dem Schulhof der GGS Gruiten - Anpassung der Einschränkung der Bolzplatznutzung - Antrag der CDU-Fraktion vom 14.06.2026
Vorlage: II/090/2026

Protokoll:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung zum Antrag der CDU-Fraktion vom 14.06.2026 findet im Ausschuss breite Zustimmung.

Beschluss:

Der Bolzplatz auf dem Schulhof der GGS Gruiten wird zur Nutzung mit handelsüblichen Fuß- und Basketbällen im Zeitraum montags bis freitags bis 18:00 Uhr, sowie samstags und sonntags von 10:00 Uhr bis 18:00 Uhr freigegeben.
 Die Verwaltung wird beauftragt, die zwei Spielplatzschilder auf dem Schulhof entsprechend auszutauschen und die Hinweisschilder bezüglich der Softballnutzung zu entfernen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	2		
WLH			1
AfD	1		
GAL	1		
FDP			
Weitere stimmberechtigte Mitglieder	3		
Gesamt	10		1

**./ Anfrage der WLH-Fraktion vom 21.09.2026 zu TOP 8/Beschlussvorlage
II/090/2026: Verwaltungsvorschlag i.S. Softballregelung - Anforderung der
Daten
Antrag: ANF/110/2026**

Protokoll:

Zur aktuell vorliegenden Anfrage der WLH vom 21.09.2026 „Verwaltungsvorschlag i. S. Softballregelung – Anforderung der Daten“, informiert die 1. Bgo. Frau Herz, dass eine detaillierte Beantwortung zum JHA nicht mehr möglich war. Die schriftliche Beantwortung wird zum BSA am 13.10.2026 erfolgen.

Aktuell kann aber bereits darüber informiert werden, dass nur eine geringfügige Anzahl von Beschwerden im Zusammenhang mit abendlicher Nutzung des Schulhofs von Jugendlichen vorliegen. Dieses Problem kollidiert nicht mit dem Beschlussvorschlag bezüglich einer Freigabe zur Nutzung für Kinder bis 18 Uhr.

9./ KiBiz-Reform**Protokoll:**

Amtsleiterin Stephanie Dellit erläutert anhand einer PPP zur KiBiz-Reform „2. KiBiz Gesetzgebungsverfahren - Was ist klar, was ist noch offen?“ den aktuellen Sachstand.

Hier geht es u.a. um Stabilisierung der Finanzierung, Fachkräftegewinnung und -sicherung, Stärkung der frühkindlichen Bildung, Einführung von Chancen-Kitas und Flexibilisierung der Betreuungszeiten sowie der Option zur Flexibilisierung des Personaleinsatzes.

In der anschließenden Beratung werden allgemeine Bedenken zur Umsetzung geäußert. Es ist unklar, wie die Umsetzung mit dem derzeitigen Personaleinsatz gelingen soll.

Amtsleiterin Stephanie Dellit gibt an, dass aktuell noch keine Berechnungen erfolgen können, weil die erforderlichen Grundlagen teilweise noch unklar sind.

Die Konsequenzen und zusätzlichen Belastungen für Träger sind derzeit noch nicht in Gänze darstellbar. Es sind ein enger Austausch mit den Trägern und flexible Entscheidungen im JHA notwendig, um die Herausforderungen gemeinsam bewältigen zu können.

10./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine Anfragen vor.

11./ Mitteilungen

Protokoll:

Folgende Mitteilungen liegen seitens der Verwaltung vor.

1. Aufgrund weiterhin unterdurchschnittlicher Geburtenentwicklung ist für die Kita am Sandbach keine Freischaltung für Anmeldungen für das Kita-Jahr 2027/2028 erfolgt, um ein planmäßiges Auslaufen der Kita zum Ende des laufenden Kita-Jahres nicht zu gefährden.
2. Der Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) zu Hilfen zur Erziehung (HzE) liegt im Entwurf vor. Zunächst erfolgt die Beratung im Rechnungsprüfungsausschuss. Dem Jugendhilfeausschuss wird der Bericht voraussichtlich in der 1. Sitzung 2027 vorgelegt werden können.
3. Aktuelles zur neuen Satzung Elternbeiträge für Kitas und OGS:
Es hat sich eine Elterninitiative gebildet, mit der bereits verschiedene Gespräche stattgefunden haben. Diese hat am 11.08.2026 eine Anregung gem. § 24 GO eingereicht, welche nach § 11 der Hauptsatzung der Stadt Haan als Bürgerantrag behandelt wird. Dieser Bürgerantrag wird in der Sitzung des HFA am 15.10.2026 behandelt. Zudem ist beabsichtigt, ein Bürgerbegehren durch-

zuführen. Nach erster rechtlicher Würdigung könnte das Bürgerbegehren unzulässig sein (vgl. § 26 ABs. 5 Nr. 3 GO – kommunale Abgaben und privatrechtliche Entgelte). Über die Frage der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens jedoch entscheidet ausschließlich der Rat der Stadt Haan, und zwar in seiner Sitzung am 15.12.2026.

12./ Berichte der Verwaltung

Protokoll:

Der Bericht der Verwaltung über die unversorgten Kinder mit Bedarfsanmeldung bis einschließlich zum Stichtag 31.07.2026 und Darstellung der freien Plätze im laufenden Kindergartenjahr 2026/2027 wurde vor der Ausschusssitzung unter TOP 12 im Ratsinformationssystem hinterlegt und ist dort weiterhin einsehbar.

Weitere Berichte liegen nicht vor.